

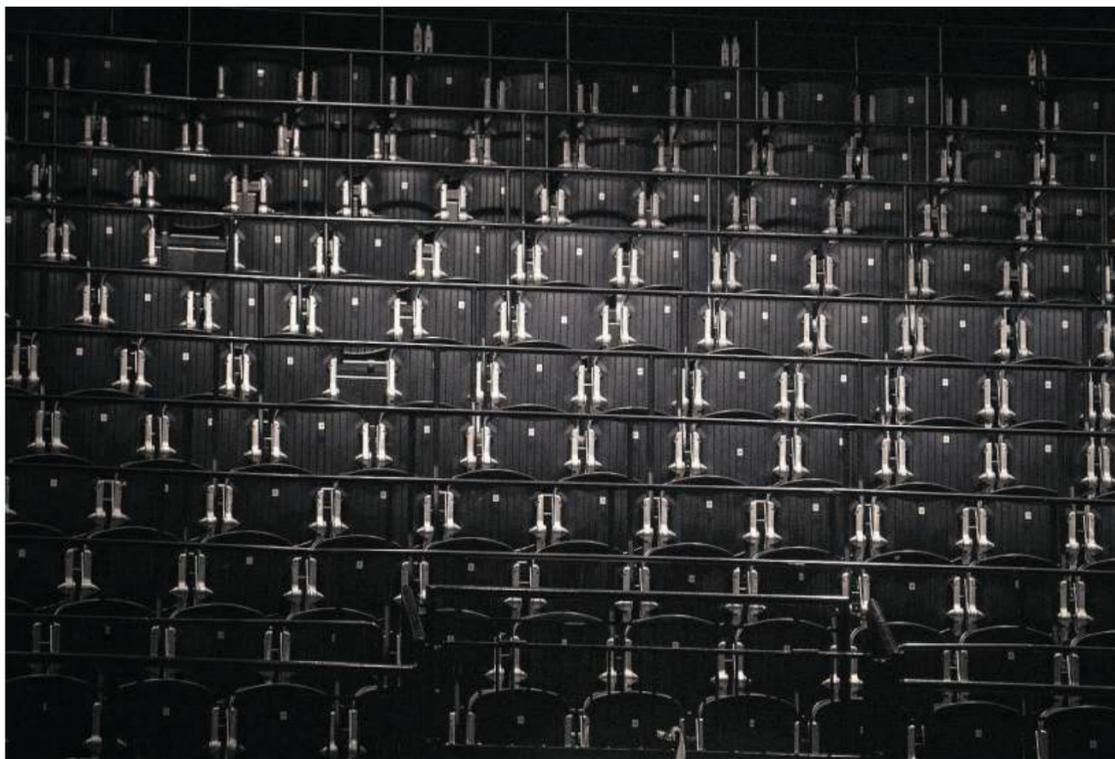
Der Bundesrat wählt für die Öffnung den Mittelweg

Kommende Woche endet das nationale Verbot für Grossveranstaltungen – Dokumente zeigen die Entscheidungsgrundlagen

HANSUELI SCHÖCHLI

Ende Februar dieses Jahres war das Verbot für Grossveranstaltungen ab 1000 Teilnehmern der erste Paukenschlag des Bundesrats im Kampf gegen das Coronavirus. Spiegelbildlich ist dieses Verbot die letzte drastische Einschränkung, die auf nationaler Ebene aufgehoben wird. Ab Anfang Oktober sind solche Grossveranstaltungen grundsätzlich wieder zulässig, wenn der zuständige Kanton die Bewilligung erteilt.

Der Bundesrat fällt den Entscheid zur Aufhebung des nationalen Verbots im August. Die Regierung hatte den Beschluss nur relativ vage begründet. Das Hauptargument sei, dass die Schweiz lernen müsse, mit dem Virus zu leben: Dies erklärte Gesundheitsminister Alain Berset damals vor den Medien. Die Abwägung war vor dem Hintergrund der wieder steigenden Fallzahlen nicht einfach. Das Verbot war für die betroffenen Veranstalter einschneidend, doch aus einer gesamtwirtschaftlichen Sicht machen die Grossveranstaltungen grob geschätzt «nur» etwa 0,5 bis 1 Prozent der Wertschöpfung aus. Die Aufhebung des Verbots würde zudem nur einen Teil dieses Verlusts beseitigen, da noch keine volle Rückkehr zum Normalbetrieb zu erwarten wäre.



Leere Ränge im Zürcher Hallenstadion: Dies wird bald ein Bild der Vergangenheit sein.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Erhebliche Risiken

Auf der anderen Seite sind Grossveranstaltungen potenziell ein bedeutender Kanal für die Verbreitung des Virus. Eine Illustration lieferte zum Beispiel eine im September publizierte Analyse über Malta: Demnach waren dort zwei Massenveranstaltungen im Juli (eine Party und ein religiöses Festival) der Auslöser für die zweite Corona-Welle. Eine ebenfalls im September veröffentlichte Studie über mehrere hundert Fussballspiele vom Februar und März mit Massenpublikum in England mutmassete, dass ein solches Spiel im Durchschnitt zu zwei zusätzlichen Covid-Todesfällen pro 100 000 Einwohner in der betroffenen Region im April geführt haben mag. Eine Analyse vom Juli über Basketball- und Eishockeyspiele in den US-Profiligen von Januar bis März schätzte, dass ein solches Spiel im Mittel in der betroffenen Agglomeration 780 zusätzliche Covid-Ansteckungen und 52 Covid-Todesfälle auslöste.

Die genannten Zahlen muss man nicht unbedingt zum Nennwert nehmen: In statistischen Analysen ist ein schlüssiger Beweis über den ursächlichen Zusammenhang zwischen Veranstaltungen

und späteren Erkrankungen kaum zu erbringen. Zudem können Sicherheitsvorgaben die Risiken von Massenveranstaltungen im Vergleich zum Beginn dieses Jahres erheblich senken. Doch ohne Risiken geht es nicht.

Diverse Epidemiologen und die Mehrheit der kantonalen Gesundheitsdirektoren hatten eine Verlängerung des Verbots empfohlen. Wie kam der Bundesrat zu seinem Entscheid, das Verbot «nur» um einen Monat bis Ende September zu verlängern und für die Zeit danach Grossveranstaltungen unter kantonalen Bewilligungspflicht wieder zuzulassen? Die NZZ hat den Bund gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz um die schriftlichen Entscheidungsgrundlagen für die Regierung gebeten. Im elfseitigen Entwurf des Beschlussantrags aus dem Innendepartement von Alain Berset ist allerdings keine systematische und auch zahlenmässig unterlegte Güterabwägung zu erkennen. Dies mag ein Ausdruck der grossen Unsicherheiten sein, in denen sich die Politik nach wie vor bewegt.

Das Verbot der Grossveranstaltungen bis September hatte laut Bundes-

Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Massenveranstaltungen ist keine systematische Einschätzung zu erkennen.

angaben ohne Einrechnung der Fussball- und Eishockey-Profiligen rund 800 Sportveranstaltungen seit April und über 700 Kulturveranstaltungen seit Mai betroffen. Die Risiken einer Aufhebung des Verbots deutete Berset's Papier mit dem Verweis auf Rückmeldungen der Kantone an. Demnach hätten Veranstaltungen mit hohen Besucherzahlen zu vielen Ansteckungen geführt und den grössten Teil des Aufwandes für die Kontaktrückverfolgung verursacht.

Das Papier war «eher ein Aussprachepapier denn ein Antrag an den Bundesrat», wie es das Generalsekretariat

des Finanzdepartements ausdrückte. Berset stellte drei Varianten zur Diskussion, ohne am Ende eine Empfehlung abzugeben. Variante 1 umfasste die Verlängerung des Verbots bis Ende März 2021, Variante 2 die Zulassung solcher Veranstaltungen unter kantonalen Bewilligungspflicht und Variante 3 den Wegfall des nationalen Verbots ohne neue Bundesvorgaben für die Kantone.

Epidemiologen nur am Rande

Aufgrund der epidemiologischen Lage und der Herausforderungen der Kantone mit der Kontaktrückverfolgung erscheine eine Aufhebung des Verbots auf Anfang September «nicht sinnvoll», heisst es im Papier. Die Aufhebung des Verbots nach Variante 2 habe den Vorteil, dass Grossveranstaltungen grundsätzlich wieder möglich seien, was aus Sicht der Einschränkung verfassungsmässiger Grundrechte «eindeutig vorzuziehen» sei: «Nicht bei allen Grossveranstaltungen ist ein Verbot erforderlich, um die Gesundheit zu schützen.» Das Papier erinnerte an die Empfehlungen

der Weltgesundheitsorganisation über die Kriterien zur Risikoeinschätzung der einzelnen Veranstaltungen. Zu den genannten Kriterien zählen etwa die Verbreitung des Virus in der Veranstaltungsregion, die Publikumsdichte, die Internationalität des Publikums, die Art der Teilnehmerkontakte und die Präsenz von Risikogruppen.

Variante 3 mit Verzicht auf weitere Bundesvorgaben gäbe den Kantonen laut dem Papier grossen Handlungsspielraum. Eine Abwägung zwischen den beiden Öffnungsvorschlägen ist nicht zu erkennen.

Die Einschätzungen der Epidemiologen kommen nur am Rande direkt vor. In einer Passage verweist das Papier auf ein Gutachten der wissenschaftlichen Begleitgruppe, wonach Personen in einer Menschenmenge zur Unterschätzung von Gesundheitsrisiken neigten. Die Erkenntnis aus der Psychologie ist alt: In der Masse verhalten wir uns anders denn als Einzelpersonen.

«Nicht akzeptabel»

Auch zur wirtschaftlichen Bedeutung der Massenveranstaltungen ist keine systematische Einschätzung zu erkennen. Doch das Papier betont, dass eine Verlängerung des Verbots bis 2021 die betroffenen Veranstalter empfindlich treffen und den politischen Druck auf weitere Bundesunterstützung verstärken würde. Bei einer Verlängerung des Verbots bis Ende März würde gemäss der Einschätzung die Mehrheit der Klubs in den Profiligen von Fussball und Eishockey trotz Bundesdarlehen wohl «wirtschaftlich nicht überleben». Diese Prognose veranlasste die Eidgenössische Finanzverwaltung zur Hinterfragung der Bundesdarlehen an die Sportklubs; die Unterstützung wäre «reine Geldverschwendung», wenn die Prognose zuträfe. Das Bundesamt für Sport schlug eine weniger verbindliche Vorhersage vor: Die Mehrheit der Vereine würden bei einer Verlängerung des Verbots «wirtschaftlich in grosse Schwierigkeiten geraten».

Die harte Variante 1 stiess unter den konsultierten Ämtern gemessen an den vorliegenden Antworten nur beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und beim Oberfeldarzt der Armee auf Unterstützung. Das Finanzdepartement zum Beispiel bezeichnete diese Variante angesichts der hohen Kosten und des «zu wenig» ausgeprägten Zusatznutzens im Vergleich zu Variante 2 als «nicht akzeptabel». So sah es am Ende auch der Bundesrat.

Der Markt für Ökonomen wächst zusammen

Im Gegensatz zu deutschen Fachkollegen nutzen Schweizer Wirtschaftswissenschaftler kaum die Chancen der sozialen Netzwerke

MATTHIAS BENZ

Die einen mögen darin eine deutsche Vormachtstellung erkennen, andere würden von einem freien Wettbewerb der Ideen sprechen. Tatsache ist, dass in der Liste der einflussreichsten Ökonomen in der Schweiz zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler aus Deutschland vertreten sind.

Im «Ökonomen-Einfluss-Ranking» 2020, das die NZZ dieser Tage veröffentlicht hat, machen sie ein Viertel der Forscher in den Top 40 aus. Zu ihnen gehören etwa der Finanzwissenschaftler und Chef des Ifo-Instituts München, Clemens Fuest, sein Vorgänger, Hans-Werner Sinn, oder Marcel Fratzscher, Leiter des DIW Berlin.

Einfluss in beide Richtungen

Dass deutsche Ökonomen in der Schweizer Diskussion präsent sind, ist an sich kein neues Phänomen. So wird Hans-Werner Sinn als vielleicht bekanntester deutscher Wirtschaftswissenschaftler seit langem in der Schweiz wahrgenom-

men. Zudem geht der Einfluss auch in die andere Richtung. Mit Ernst Fehr und Bruno S. Frey sind seit geraumer Zeit zwei Fachvertreter aus der Schweiz in der Liste der einflussreichsten Ökonomen in Deutschland vertreten.

Ferner strahlen manche Wirtschaftswissenschaftler über den deutschsprachigen Raum hinaus. Beispielsweise belegt

Ökonomen verdienen (mehr) Gehör

Kommentar auf Seite 11

der junge Zürcher Ökonom David Dorn im Schweizer Ranking Rang 16. Grösser dürfte aber sein Einfluss in den USA sein. Dort hat er mit seinen Forschungen dazu, wie der Handel mit China in Amerika Arbeitsplätze vernichtet hat, viel Aufmerksamkeit erregt.

Einiges deutet darauf hin, dass der «Markt für Ökonomen» stärker zusammenwächst. Zum einen liegt es an den Themen, die die Welt derzeit in Atem

halten. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China, die «faire» Besteuerung von Internetkonzernen oder die Digitalisierung der Arbeitswelt: Für diese grenzüberschreitenden Probleme sind häufig internationale Fachexperten gefragt.

Zu ihnen gehören etwa der Welthandelsexperte Gabriel Felbermayr vom deutschen IfW Kiel oder der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum, der sich intensiv mit den digitalen Umwälzungen in der Arbeitswelt beschäftigt. Sie haben laut dem Ranking in der Schweiz jüngst mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Zum andern haben sich die Kanäle, über die öffentliche Debatten stattfinden, in den vergangenen Jahren technologisch und strukturell stark verändert.

Früher konnten sich Ökonomen vor allem über Tageszeitungen oder Radio und Fernsehen Gehör verschaffen; aber die Ausstrahlung dieser Medien ist stark auf den jeweiligen nationalen Rahmen konzentriert. Heute hingegen lässt sich über Online-Portale, Blogs oder die sozialen Netzwerke grundsätzlich

die ganze Welt kostengünstig erreichen. Vor allem der Kurznachrichtendienst Twitter ist zu einem Forum geworden, in dem sich Ökonomen ernsthaft mit Fachkollegen sowie mit einer interessierten Öffentlichkeit von Politikern, Medienschaffenden und Bürgern austauschen. Mit fundierten Argumenten kann hier prinzipiell jeder Einfluss gewinnen. Das begünstigt den grenzüberschreitenden Austausch von Ideen.

Deutsche Grössen twittern mehr

Auffällig ist, dass führende deutsche Ökonomen Twitter offensiver nutzen als viele Schweizer Fachkollegen. Eigentlich sind nur die drei Schweizer Ökonomen, die sich in den Top 20 platziert haben, ernsthaft auf Twitter präsent, um ihre Ideen zu verbreiten und sich Debatten zu stellen.

Die Wirtschaftspolitikern Monika Bütler von der Universität St. Gallen machte beispielsweise in der Corona-Krise auf Twitter früh klar, dass sie die gesundheitlichen Risiken der Pandemie für grösser hält als viele Fachkollegen.

Die in Harvard ausgebildete Entwicklungsökonomin und Finanzwissenschaftlerin Dina Pomeranz von der Universität Zürich gehört seit Jahren international zu den wichtigsten Twitter-Experten in ihrem Gebiet. Auch die junge Ökonomin Isabel Martinez von der ETH Zürich, die sich mit Forschungsarbeiten zu Ungleichheit und Besteuerung einen Namen gemacht hat, setzt auf das soziale Netzwerk.

Demgegenüber sind praktisch alle der einflussreichsten männlichen Schweizer Ökonomen Twitter-Muffel. Vielleicht versprechen sie sich von anderen Kanälen mehr Einfluss. Aber dass es auch anders geht, zeigen die deutschen Fachkollegen.

Alle deutschen Grössen wie Fuest, Sinn, Fratzscher, Felbermayr, Südekum und auch Lars Feld, der Vorsitzende der «Wirtschaftsweisen», sind auf Twitter aktiv. Das soziale Netzwerk ist für sie ein wichtiger Ort geworden, um ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu verbreiten und zu vertreten. Damit dürften sie sich auch in der Schweiz mehr Gehör verschafft haben.